

Hunderte in NRW von rassistischen Angriffen betroffen

Veröffentlicht am 19.09.2022 | Lesedauer: 2 Minuten



Im Vergleich zu den Vorjahren haben rassistisch motivierte Gewalttaten zugenommen

Quelle: dpa

Rassismus bleibe häufigstes Tatmotiv für Gewalttaten in NRW. Die Opfer rassistischer Gewalt werden aus Sicht von NRW-Beratungsstellen viel zu oft alleine gelassen. Die Beratungsstellen fordern nun eine dauerhafte finanzielle Absicherung ihrer Arbeit.

In Nordrhein-Westfalen sind rechte, rassistisch motivierte Gewalttaten nach Angaben von Opferberatungsstellen keine Einzelfälle. Allein im vergangenen Jahr registrierten BackUp (Dortmund) und die Opferberatung Rheinland (OBR/Düsseldorf) 213 Gewalttaten aus diesem Bereich. Mindestens 339 Menschen seien direkt betroffen gewesen, berichtete OBR-Leiter Fabian Reeker nach einer Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der beiden Beratungsstellen. Im Vergleich zu den Vorjahren bedeute das eine Zunahme. Rassismus bleibe häufigstes Tatmotiv.

Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer mahnte: „Unterstützung und Solidarität für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenverachtender Gewalt liegt in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft.“ Ursächlich für diese Gewalt

seien menschenverachtende Einstellungen in der Gesellschaft. Es brauche eine höhere Sensibilisierung. „Für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist die Beratungsstruktur von Opferberatung, mobiler Beratung und Aussteigerberatung unverzichtbar“, sagte die Vorsitzende der Landtagsfraktion der Deutschen Presse-Agentur. „Diese Stellen werden wir finanziell deutlich stärken und dauerhaft absichern.“

OBR und BackUp haben nach eigenen Angaben seit ihrem Bestehen mehr als 1100 Personen beraten und unterstützt, die von rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt betroffen oder anderen Formen von menschenfeindlichen Angriffen ausgesetzt waren. Bis in die Mitte der Gesellschaft hinein gebe es Ausgrenzungsideologien und Vorstellungen von Ungleichwertigkeit, schilderten die beiden Organisationen.

Die Betroffenen rechter Gewalttaten würden noch viel zu oft mit der Bewältigung der Angriffsfolgen allein gelassen. Umso mehr müsse die Arbeit der Beratungsstellen finanziell dauerhaft abgesichert werden, forderte BackUp-Leiterin Magdalena Lentsch.

OBR und BackUp erheben seit 2017 gemeinsam Daten über rechte Gewalttaten in NRW. Demnach war für 2021 ein Anstieg rechter Angriffe um 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Auch die Zahl der von den Taten direkt Betroffenen habe zugenommen. „Die Angriffszahlen bleiben kontinuierlich erschreckend hoch“, hatten die Beratungsstellen schon vor einigen Wochen gewarnt. Auch Minderjährige seien attackiert worden. Zu Übergriffen komme es besonders häufig in Ballungszentren von NRW, etwa Köln (<https://www.welt.de/themen/koeln/>), Düsseldorf (<https://www.welt.de/themen/duesseldorf/>), Dortmund (<https://www.welt.de/themen/dortmund/>) oder Essen (<https://www.welt.de/themen/essen-stadt/>) – und oft im öffentlichen Raum. Die Zahlen seien nur die Spitze des Eisbergs. Opfer rechter Gewalttaten zeigten diese Vorfälle häufig nicht an – auch, weil ihnen das Vertrauen in Ermittlungsbehörden fehle.

Grünen-Politikerin Schäffer zufolge sind Angebote der politischen Bildung und Präventionsarbeit auch in der Erwachsenenbildung wichtig. In der Aus- und Fortbildung etwa von Lehrkräften, Beschäftigten bei Polizei und in anderen Behörden sei eine Stärkung der Themen Menschenrechte und Antidiskriminierung geboten. Um die Dimensionen rechter und rassistischer Gewalt besser einschätzen zu können, müsse zudem das Dunkelfeld erhellt werden. Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen sehe entsprechende Studien vor.

dpa/nba

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241135993>